



**Niederschrift zur  
öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung  
Strasburg (Um.) vom 19.03.2015**

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Die Präsidentin der Stadtvertretung Strasburg (Um.) Frau Andrea Reinckene Nyegran eröffnet die Stadtvertreterversammlung und stellt die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreter/innen fest. Von den geladenen 17 Stadtvertretern/innen sind 16 anwesend. Die Stadtvertretung ist beschlussfähig.

Zu Beginn der Sitzung informiert die Stadtpräsidentin darüber, dass der Stadtvertreter Herr André Heise per 01.01.2015 als Mitglied aus der Fraktion der Wählergemeinschaft Schöneres Strasburg ausgeschieden ist. Die Fraktion WGS benennt den Stadtvertreter Herrn Peter Chmielezki zum Fraktionsvorsitzenden.

Die Fraktion WGS teilte der Stadtverwaltung am 02.03.2015 mit, dass der fraktionslose Stadtvertreter Herr André Heise und die Fraktion WGS eine Zählgemeinschaft in der Stadtvertretung Strasburg (Um.) bilden. Mit dieser Entscheidung der Fraktion WGS ergibt sich keine Nachbesetzung der Ausschüsse. Der aus der Fraktion ausgeschiedene Stadtvertreter behält den Ausschusssitz.

Grundsätzlich gilt: Solange sich der aus einer Fraktion ausgeschiedene Gemeindevertreter keiner anderen Fraktion oder Zählgemeinschaft anschließt, behält er den Ausschusssitz.

Eine Abberufung aus der Funktion ist jederzeit möglich gemäß § 32 Abs. 3 KV M-V. Soweit ein Ausschusssitz frei wird, kann eine Fraktion die vollständige Neubesetzung des Ausschusses begehren, § 32 Abs. 2 Satz 12 Kommunalverfassung M-V.

Die Stadtpräsidentin verweist auf die weitere Tagesordnung.

Mit der Einladung sind allen Stadtvertretern/innen die Tagesordnung und die Beschlussvorlagen übergeben worden.

Die Stadtpräsidentin informiert weiter darüber, dass nach Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindetag M-V, Referat Rechtsangelegenheiten, eine Beschlussfassung der Tagesordnung in der Kommunalverfassung M-V nicht vorgesehen ist.

Nach § 29 Absatz 1 der KV M-V liegt die Zuständigkeit beim Vorsitzenden der Gemeindevertretung. Das bedeutet, dass über die Tagesordnung nicht mehr abgestimmt wird, sondern bildet so, wie sie vorliegt, die Arbeitsgrundlage für die Stadtvertreterversammlung.

Damit bildet die Tagesordnung die Arbeitsgrundlage für die heutige Stadtvertreterversammlung.

zu 2 Billigung der Niederschrift der 04.12.2014

Die Sitzungsniederschrift vom 04.12.2014 wurde einstimmig bestätigt.

zu 3 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse auf der Sitzung am 04.12.2014

Auf der Stadtvertreterversammlung am 04.12.2014 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- zwei Grundstücksverkäufe im 3. Siedlungsweg in Strasburg (Um.)
- Grundstücksverkauf zur Bebauung eines Einkaufsmarktes
- Grundstücksverkauf einer unvermessenen Teilfläche in der Gemarkung Strasburg (Um.)
- Grundstückskauf vom Straßenbauamt Neustrelitz
- Eintragungen von Dienstbarkeiten in Grundbücher der Stadt Strasburg (Um.) für den Zweckverband Wasserver- und Abwasserentsorgung Strasburg (Um.)
- Beseitigung von Schandflecken, Abriss des ehem. Gerichtsgebäudes
- Teilmodernisierungsmaßnahme, Bahnhofstraße 2 in Strasburg (Um.)
- Vergabe von Leistungen für die Abbruchmaßnahme Pfarrstr. 3 a in Strasburg (Um.)

zu 4 Mitteilungen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über die Arbeit der Verwaltung und informiert über Mitteilungen der Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises.

zu 5 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen an die Stadtvertreter/innen und den Bürgermeister.

zu 6 Beratung und Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz der Stadt Strasburg (Um.) zum 01.01.2012  
Vorlage: 0016-Käm-2014

Die Stadtpräsidentin informiert die Anwesenden darüber, dass die Eröffnungsbilanz der Stadt Strasburg (Um.) zum 01.01.2012 eine wichtige Grundlage bildet, um weitere Beratungen und Beschlussfassungen zum Haushaltsplan 2015 und zur Vorbereitung der noch ausstehenden Jahresabschlüsse durchzuführen.

Der Stadtvertreter Herr Norbert Friese, SPD-Fraktion und Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses, verliest den abschließenden Prüfungsvermerk zur Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 der Stadt Strasburg (Um.).

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Strasburg (Um.) erteilt der Eröffnungsbilanz einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk und empfiehlt der Stadtvertretung Strasburg (Um.), die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 zu beschließen.

Der Prüfungsvermerk wurde von den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses unterschrieben.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt die geprüfte und festgestellte Eröffnungsbilanz der Stadt Strasburg (Um.) zum 01.01.2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 7

Beratung und Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens "Altstadt" der Stadt Strasburg (Um.) zum 01.01.2012  
Vorlage: 0017-Käm-2014

Der Stadtvertreter Herr Norbert Friese, SPD-Fraktion und Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadtvertretung Strasburg (Um.), verliest den abschließenden Prüfungsvermerk zur Prüfung der Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens „Altstadt“ zum 01.01.2012 der Stadt Strasburg (Um.) des Rechnungsprüfungsausschusses.

Der Rechnungsprüfungsausschuss erteilt der Eröffnungsbilanz der Stadt Strasburg (Um.) zum 01.01.2012 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk und empfiehlt der Stadtvertretung Strasburg (Um.), die Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens "Altstadt" zu bestätigen.

**Beschluss**

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt die geprüfte und festgestellte Eröffnungsbilanz des Städtebaulichen Sondervermögens „Altstadt“ der Stadt Strasburg (Um.) zum 01.01.2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 8

Beratung und Beschlussfassung der Stadtvertretung (Um.) über die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Strasburg (Um.) im Jahre 2015  
Vorlage: 0021-Käm-2015

Die Stadtpräsidentin ruft die Beschlussvorlage auf und schlägt vor, eine verbundene Aussprache zu den drei Dokumenten – Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept – durchzuführen.

Sie verweist darauf, dass das vorliegende Haushaltssicherungskonzept eine Fortschreibung des bereits 2014 beschlossenen Konzeptes ist und bittet, dies bei den anschließenden Diskussionen zu berücksichtigen.

Der Bürgermeister Herr Norbert Raulin betont, dass die Stadt Strasburg (Um.) einen unausgeglichenen Haushalt für das Haushaltsjahr 2015 hat, der genehmigungspflichtige Teile enthält. Das Haushaltssicherungskonzept ist ein Folgedokument aus dem Jahre 2014 und Bestandteil des Haushaltsplanes. Deshalb gilt, alle drei Dokumente gemeinsam zu beschließen. Zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen (ab Seite 12) wäre festzustellen, dass bei Inkrafttreten der einzelnen Maßnahmen die vorherige Beschlussfassung durch die Stadtvertretung erforderlich ist. Die Verwaltung bittet um Zustimmung der Dokumente.

Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., hat zwei Anmerkungen bezüglich der Ausarbeitung der Anlagen zur Beschlussvorlage (Vorbericht HH-Plan, Seite 5 und zur Grafik Seite 29).

Diese aufgetretenen technischen Fehler konnte die Kämmereiamtsleiterin mündlich erklären.

Herr Dietrich lobte die fleißige Arbeit der Kämmerei bei der Erarbeitung des vorliegenden Materials und schlussfolgert aus den Unterlagen eine dauerhaft schlechte Finanzsituation der Stadt Strasburg (Um.). Schuld an dieser Finanzmisere sind u.a. die jährliche Erhöhung der Kreisumlage und die Forderungen der Altfehlbetragsumlage.

Die Stadt versucht schon jahrelang, kostendeckend zu kalkulieren, aber die Erhöhungen durch Bund und Land lassen keine bessere finanzielle Situation zu.

Die jährliche Haushaltssperre in der Stadtverwaltung kann auch kaum greifen. Der Kommune bleibt kein finanzieller Spielraum. Herr Dietrich wird den Haushalt der Stadt Strassburg (Um.) für das Jahr 2015 ablehnen.

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, zeigt auf, dass die Stadt Strassburg (Um.) handlungsfähig ist. Alle Rechnungslegungen konnten bisher durchgeführt werden. Die Stadt muss mit dem Geld auskommen, was zur Verfügung steht. Deshalb muss sich die Stadtvertretung Gedanken machen, wo diese wenigen Mittel eingesetzt werden.

Der Stadtvertreter Herr André Heise, fraktionslos, fragt, wo die jetzigen Fahrzeuge/Maschinen der Stadt verbleiben und wie diese genutzt werden? (lt. Vorbericht HH-Satzung)

Die Kämmereramtssleiterin Frau Kerstin Koch, die Erste Stadträtin Frau Anke Heinrichs und der Bürgermeister erklärten den Verbleib der Fahrzeuge oder die Rücknahme durch Auslaufen der Leasingverträge an die Autohäuser.  
Auf Nachfrage teilte der Bürgermeister mit, dass es in der Stadtverwaltung kein personenbezogenes Fahrzeug gibt. Da der jetzige Leasingvertrag für ein Dienstfahrzeug am 04.04.2015 ausläuft, muss nach der Wahl eines neuen Bürgermeisters/in entschieden werden, wie hier weiter verfahren werden soll.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Bürgerbündnis, bemerkt, dass von den freiwilligen Leistungen nichts gestrichen wurde und erkundigt sich nach dem Bundesprogramm.

Wenn die Eigenanteile der Stadt oder einer Gemeinde nicht ausreichen besteht die Möglichkeit, bei einem durch das Land Mecklenburg-Vorpommern aufgelegten Konsolidierungsprogramm, Anträge zur Finanzierung der Eigenanteile der Kommune zu beantragen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, bei dem Innenministerium das Landes Mecklenburg-Vorpommern Sonderbedarfszuweisungen zu beantragen. In der Stadt Strassburg (Um.) wurden bisher alle Möglichkeiten der Antragstellung für die Finanzierung der Eigenanteile der Baumaßnahmen genutzt. Eine zusätzliche Kreditaufnahme war dadurch nicht erforderlich.

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran forderte die Stadtvertreter/innen zur Abstimmung der Dokumente auf:

1. Abstimmung über die Haushaltssatzung der Stadt Strassburg (Um.) für das Jahr 2015

Anwesend:	16 Stadtvertreter/innen
Dafür stimmen:	10
Dagegen stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	5

Die Haushaltssatzung der Stadt Strassburg (Um.) für das Jahr 2015 wurde mehrheitlich bestätigt.

2. Abstimmung für den Haushaltsplan der Stadt Strassburg (Um.) für das Jahr 2015

Anwesend	16 Stadtvertreter/innen
Dafür stimmen:	9
Dagegen stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	6

Die Haushaltssatzung der Stadt Strassburg (Um.) für das Jahr 2015 wurde mehrheitlich bestätigt.

3. Abstimmung für das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2015

Anwesend:	16 Stadtvertreter/innen
Dafür stimmen:	11
Dagegen stimmen:	1
Stimmenenthaltungen:	4

Das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2015 wurde mehrheitlich bestätigt.

zu 9

Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan und Anlagen des Städtebaulichen Sondervermögens (SSV) der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2015

Vorlage: 0022-Käm-2015

Die Kämmereiamtsleiterin Frau Kerstin Koch verweist in der Aussprache darauf, dass die Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens (SSV) den Stadtvertretern/innen nicht übergeben wurde.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Bürgerbündnis, stellt den Antrag, die Beschlussvorlage „Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan und Anlagen des Städtebaulichen Sondervermögens (SSV) der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2015 – Vorlage: 0022-Käm-2015 – zurückzustellen und in der Stadtvertreterversammlung Am 04. Juni 2015 zu behandeln.

Abstimmung über den Antrag:

Dafür stimmen:	12 Stadtvertreter/innen
Dagegen stimmen:	1
Stimmenenthaltungen:	3

Es wurde beschlossen:

Die Vorlage „Beschluss über die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan und Anlagen des Städtebaulichen Sondervermögens (SSV) der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2015 – Vorlage: 0022-Käm-2015 wird am 04. Juni 2015 auf die Tagesordnung der Stadtvertreterversammlung zur Beschlussfassung gesetzt.

zu 10

Beratung und Beschlussfassung der Satzung der Stadt Strasburg (Um.) über den Kostenersatz für Hilfe- und Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Strasburg (Um.) und der Freiwilligen Feuerwehr Neuensund (Feuerwehrgebührensatzung)

Vorlage: 0031-Bau-2015

**Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt die Satzung über den Kostenersatz für Hilfe- und Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Strasburg (Um.) und der Freiwilligen Feuerwehr Neuensund (Feuerwehrgebührensatzung).
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung nach Beschlussfassung im Strasburger Anzeiger öffentlich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 11

Wahl stellvertretender Ausschussmitglieder  
Vorlage: 0040-Hau-2015

Zu diesem Tagesordnungspunkt verweist die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran in ihren Ausführungen auf Mitteilungen des Städte- und Gemeindetages bezüglich der Wählbarkeit von Personen.

Die Rechtslage stellt sich so dar, dass Wahlvorschlagsrecht Antragsrecht der Gemeindevertretung ist. Es ist ein Irrtum, dass ein Vorschlag die Zustimmung des Vorgeschlagenen voraussetzt. Eine ausdrückliche Zustimmung ist nur bei Wahlen nach dem LKWG notwendig. Ein Irrtum ist auch, dass eine Wahl angenommen werden muss.

Die Rechtslage stellt sich so dar, dass nach § 19 Absatz 2 KV M-V die Pflicht eines Ehrenamtes besteht. Eine Nachfrage erübrigt sich deshalb, der Rücktritt ist möglich.

Durch die Fraktion DIE LINKE. werden mit der Beschlussvorlage 0040-Hau-2015 auf der Grundlage der Änderung der Hauptsatzung der Stadt Strasburg (Um.) im § 6 – Wahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder – weitere sachkundige Einwohner/innen zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern vorgeschlagen.

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, bittet zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls, Sachkundige Einwohner als stellvertretende Ausschussmitglieder zu bestätigen.

**Beschluss:**

Nachfolgende Einwohner/innen werden zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern bestätigt:

1. Norbert Nikolai, Fraktion DIE LINKE.  
in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss
2. Hartmut Wagner, Fraktion DIE LINKE.  
in den Bau- und Planungsausschuss
3. Marvin Schöwe, Fraktion DIE LINKE.  
in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales
4. Karla Müller, SPD-Fraktion  
in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales
5. Michael Armbruster, SPD-Fraktion  
in den Bau- und Planungsausschuss

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmen:	11
Dagegen stimmen:	0
Stimmenenthaltungen:	5

zu 12

Einschränkung der Anzahl von Tischvorlagen für die Ausschuss- und Stadtvertreter-  
sitzungen  
Vorlage: 0002-CDU-2015

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran kommentiert die Kommunalverfassung M-V § 29 Absatz 4 „Die Mehrheit aller Mitglieder der Gemeindevertretung kann in der Sitzung die Erweiterung der Tagesordnung beschließen, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung duldet.

Die Erweiterung der Tagesordnung wegen besonderer Dringlichkeit ist nur während der Sitzung möglich. Voraussetzung dazu ist ein Antrag eines Gemeindevertreters. Unter anderem muss eine materielle Voraussetzung der besonderen Dringlichkeit gegeben sein. Eine Angelegenheit muss so dringlich sein, dass sie, um Schaden vor der Gemeindevertretung abzuwenden, nicht bis zur nächsten regulären Sitzung aufgeschoben werden kann.“

Der Stadtvertreter Herr Gerd-H. Keunecke, CDU-Fraktion, begründet als Einreicher die Beschlussvorlage und erklärt die Bereitschaft, zukünftig Beschlussvorlagen im Ausschuss zu behandeln, die nicht ausreichend begründet werden müssen, z.B. Bauanträge, Genehmigungen usw.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt nur noch Tischvorlagen zuzulassen, die aus der Dringlichkeit begründet sind, da sonst ein Schaden für die Stadt entsteht und diese sonst nicht mindestens 3 Tage vor der Sitzung die Stadtvertreter erreichen können.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	2

zu 13

**Beschluss zur Organisation einer Gedenk- und Erinnerungsveranstaltung am 8. Mai 2015**  
**Vorlage: 0004-INK-2015**

Die Stadtpräsidentin Frau Andrea Reinckene Nyegran informiert die Anwesenden über die Meinung des Präsidiums zur Vorbereitung und Durchführung von Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen. Nach Ansicht des Präsidiums sollen diese Veranstaltungen auf freiwilliger Basis erfolgen. Den Bürgermeister und die Stadtpräsidentin für die o.g. Veranstaltung verantwortlich zu machen, entspricht nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Durch die Beauftragung des Bürgermeisters wird diese Funktion politisch instrumentalisiert und für politische Zwecke genutzt. Durch den Verwaltungsleiter ist die politische Neutralität einzuhalten und dafür zu sorgen, dass die von den politischen Vertretern der Stadt beschlossenen Sachvorgänge umgesetzt werden.

Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., verweist auf den letzten Satz der Begründung in der Beschlussvorlage, der heißt: „In Mecklenburg-Vorpommern ist der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus der Beendigung des Zweiten Weltkrieges seit 2002 offizieller Gedenktag.“ Dieser Tag sollte nicht in Vergessenheit geraten und ist keine Angelegenheit der Parteien.

Der Stadtvertreter Herr Gerd-H. Keunecke, CDU-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Vorbereitung und Durchführung des 8. Mai 2015 keine Angelegenheit der Verwaltung und des Präsidiums der Stadtvertretung ist. Es könnte jeder einzelne Stadtvertreter die Initiative ergreifen.

Der Stadtvertreter Herr André Heise, fraktionslos, meint, evtl. könnte die Organisation vom Aktionsbündnis übernommen werden und dann im Strasburger Anzeiger darauf aufmerksam gemacht werden.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Bürgerbündnis, ist dafür, dass dieser Tag in geeigneter würdiger Form durchgeführt wird. Die Frage bleibt offen, wer diesen Tag vorbereitet?

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, Bürgerbündnis, spricht sich für die Durchführung einer Gedenkveranstaltung am 8. Mai in Strasburg (Um.) aus.

Sie würde eine andere Formulierung des Beschlussvorschlages wählen:

...Die Stadtpräsidentin und der Bürgermeister werden *gebeten*, ...

Auch die Stadtvertreterin Frau Sieglinde Ernst, Fraktion DIE LINKE., und die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, SPD-Fraktion, sind für die Durchführung einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai. Jetzt müsste geklärt werden, wie und wer diese vorbereitet.

**Nach umfangreicher Diskussion lautet der Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) empfiehlt, anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 2015 eine Gedenk- und Erinnerungsveranstaltung vorzubereiten und die Öffentlichkeit dazu einzuladen.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Durchführung einer Gedenkveranstaltung am 8. Mai 2015 im Strasburger Anzeiger bekannt zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	14
Dagegen stimmten:	1
Stimmenenthaltungen:	1

zu 14

**Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und des Bürgermeisters**

14.1. Der Stadtvertreter Herr André Heise, fraktionslos, erkundigt sich nach der Erfüllung des Beschlusses vom 13.11.2014 des Hauptausschusses, wo der Bürgermeister beauftragt wurde, die rechtlich-technischen und finanziellen datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für den elektronischen Versand von Einladungen und Niederschriften der Stadtvertretersitzungen und deren Ausschüsse zu schaffen. Wie wurde der Beschluss umgesetzt?

Die Stadtpräsidentin informierte den Stadtvertreter Herrn André Heise, dass er dazu eine schriftliche Antwort erhält.

14.2. Der Stadtvertreter Herr Kai Finsterbusch, Bürgerbündnis, informiert, dass in der Bahnhofstr. – bis zum Kreuzungsbereich Post, die Straßenbeleuchtung ausgefallen ist. Wie ist hier der Stand?

Antwort Frau Anke Heinrichs, Erste Stadträtin  
Aufgrund eines Kabelfehlers ist die Beleuchtung an mehreren Stellen ausgefallen. Der Schaden wurde behoben.

14.3. Die Stadtvertreterin Frau Marina Raulin, SPD-Fraktion, bittet im Namen des Messteams um eine gute und ausreichende Ausschilderung anlässlich der Wellness- und Gesundheitsmesse am 18.04.2015 zur Max-Schmeling-Halle durch die Stadt Strasburg (Um.).  
Außerdem soll der Betreuungsstand der Stadt Strasburg (Um.) mit einer Person besetzt werden.  
Um eine Verärgerungen der Bürger/innen der Stadt zu verhindern, sollte im Strasburger Anzeiger noch einmal auf die Gültigkeit der Steuerbescheide hingewiesen werden.



14.4. Der Stadtvertreter Herr Wolfgang Dietrich, Fraktion DIE LINKE., informiert über Sach- und Kleiderspenden an Asylbewerber. Diese könnten bei Frau Weise abgegeben werden. Es wurde eine Wohnung von der Gem. Wohnungsbaugesellschaft dafür zur Verfügung gestellt, so dass hier diverse Spenden eingelagert werden können.

14.5. Der Stadtvertreter Herr Kai Finsterbusch, Bürgerbündnis, ging kurz auf die Bürgermeisterwahl am 12.04.2015 ein und erkundigt sich nach dem Termin des Ausscheidens des Bürgermeisters Norbert Raulin.

Der Bürgermeister informierte die Anwesenden darüber, dass sein letzter Arbeitstag am 05.07.2015 ist. Dies ist der festgelegte Zeitpunkt, wo das Beamtenverhältnis auf Zeit als Bürgermeister endet.

Da es keine weiteren Anfragen und Meinungen gibt, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Die Stadtpräsidentin gab den Termin der nächsten öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) bekannt, die am 4. Juni 2015 um 17:00 Uhr im Rathaus der Stadt Strasburg (Um.) stattfindet.

gez.  
Andrea Reinckene Nyegran  
Stadtpräsidentin